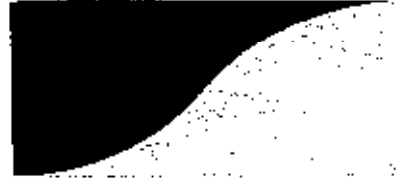


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann MdL widerspricht dem Versuch, Stoltenbergs Finanzlücke durch eine Anhebung der Mineralölsteuer zu decken: Strauß muß sich einen anderen Dukaten-Esel suchen.

Seite 1

Rolf Linkohr MdEP schildert die Bemühungen um ein zentralamerikanisches Parlament: Mehr als ein Traum?

Seite 3

Renate Schmidt MdB verurteilt den menschenverachtenden Umgang mit Asylbewerbern in Bayern: Zum Arzt - nur bei „Gefahr für Leib und Leben“.

Seite 6

43. Jahrgang / 93

17. Mai 1988

Strauß muß sich einen anderen Dukaten-Esel suchen

Stoltenbergs Finanzlücke darf nicht durch eine höhere Mineralölsteuer gedeckt werden

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Für den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ist sie der „Dukaten-Esel“ - eine höhere Mineralölsteuer, um den Bundeshaushalt zu sanieren und die EG-Subventionszusagen zu finanzieren. Die SPD-Landtagsfraktion ist dagegen der Ansicht, daß mit der Erhöhung der Mineralölsteuer - Strauß verlangt eine Anhebung der Benzinpreise um 12 bis 14 Pfennige pro Liter - die Autofahrer und damit vor allem die Mehrheit der Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen zu Melkkühen der Nation gemacht werden.

Durch eine drohende Benzinsteuer-Erhöhung werden besonders die Pendler des (bayerischen) Zonenrandgebietes in unzumutbarer Weise noch zusätzlich belastet. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat deshalb in einem Dringlichkeitsantrag die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, beim Bund darauf hinzuwirken, daß die angekündigte Anhebung der Mineralölsteuer zur Deckung der Finanzlücke durch die Steuerreform unterbleibt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermeiden Sie Umweltschaden  
mit wiederverwendbarem  
Recycling-Papier



Für das gesamte bayerische Grenzland von Passau bis Hof wäre eine Verteuerung des Benzins wegen der vielen Pendler eine Katastrophe. Dann teurere Treibstoffe würden vor allem in dünn besiedelten und für den Verkehr weniger erschlossenen Gebieten die Bewohner und die Wirtschaft belasten. Wenn die Bayerische Staatsregierung dieser drastischen Bezinpreiserhöhung zustimmt, dann betreibt sie eine Steuerpolitik ohne soziales Gewissen und handelt dem Verfassungsauftrag zuwider, wonach ausgewogene Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat geschaffen werden müssen. Die große Mehrheit der Arbeitnehmer wird geschröpft, damit CDU/CSU und FDP die massiven Steuergeschenke für die Spitzenverdiener finanzieren können.

Eine höhere Mineralölsteuer ist zudem eine unverträgliche Härte für das bayerische Grenzland. Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch des Flächenstaates Bayern ist überdurchschnittlich hoch: die bayerische Bevölkerung verbrauchte hier 1985 knapp 19 Prozent des Motorbenzins und gut 20 Prozent des Dieselmotorkraftstoffes in der Bundesrepublik.

Die schon bekannten Ungeheuerlichkeiten der Stoltenberg'schen Steuerreform bereicherte der bayerische Ministerpräsident um eine neue Facette; der Flugsprit für Privat- und Sportflieger soll nach dem Willen von Strauß von der Mineralölsteuer befreit werden. Wenn der Hobbyflieger Strauß nicht endgültig sozial abdriften will, muß er sich einen anderen „Dukaten-Esel“ zur Finanzierung des CDU/CSU-„Jahrhundertwerks“ suchen. (-/17.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Mehr als ein Traum?

Zu den Bemühungen um ein zentralamerikanisches Parlament

Von Rolf Linkohr MdEP

Der Weg zu einem zentralamerikanischen Parlament ist noch voller Schlaglöcher. Bekanntlich haben die Vizepräsidenten von Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica am 2. Oktober 1987 einen Vertragstext für ein zentralamerikanisches Parlament ausgearbeitet, der anschließend den Staatshäuptern zugeleitet wurde. Die Parlamente von Guatemala und Nicaragua haben ihn schon vor Monaten ratifiziert, bei den übrigen drei Volksversammlungen liegt die Zustimmung noch nicht vor.

Das Parlament ist Teil des Abkommens „Esquipulas II“, mit dem die fünf Staaten aus eigener Kraft nach Jahren des Bürgerkriegs Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit herstellen wollen. Je zwanzig Abgeordnete je Land sollen auf fünf Jahre direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Wenngleich keine die Regierungen bindenden Beschlüsse vorgesehen sind, das Parlament also keine Kompetenzen hat, die es auf das gleiche Niveau mit einem nationalen Parlament heben würde, so wäre es doch in der unruhigen Region ein Faktor der Stabilität. Der parlamentarisch institutionalisierte Meinungsaustausch zwischen Repräsentanten verschiedener Länder und Parteien wäre auch ein Blitzableiter künftiger Konflikte.

Es fiel dem Europäischen Parlament (EP) nie schwer, die Idee eines zentralamerikanischen Parlaments zu unterstützen. Eine breite Mehrheit des EP trägt deshalb auch die Forderung nach finanzieller und politischer Rückendeckung des zentralamerikanischen Zwillings. Sowohl auf der letzten Außenministerkonferenz der EG und Zentralamerikas in Hamburg - „San Jose IV“ - als auch bei dem jüngsten Besuch einer Parlamentarierdelegation in den Ländern des Isthmus wurde dieser Wille bekräftigt. So waren vor zwei Monaten Parlamentsmitarbeiter aus den fünf nationalen Parlamenten Zentralamerikas zu einem Informationsbesuch nach Straßburg und Brüssel gekommen. Und in der ersten Lesung des Haushalts 1988 hat das EP nicht nur eine gesonderte Linie für Lateinamerika eingerichtet, es hat auch die Hilfe der Gemeinschaft von 85 Millionen ECU auf 110 Millionen ECU erhöht. Bestätigt sich dieser Mittelansatz in der zweiten Lesung, so hat die Kommission in diesem Jahr ausreichend Geld zur Verfügung, um die Vorbereitungen zur Wahl des zentralamerikanischen Parlaments finanziell zu unterstützen. Schließlich sieht der noch gültige Zeitplan bereits in diesem Jahr Wahlen vor.

## Was sind nun die Schwierigkeiten?

1. Auf dem Weg zu Direktwahlen des zentralamerikanischen Parlaments gibt es nur Fortschritte, wenn die übrigen Bedingungen von Esquipulas II ebenfalls erfüllt werden. Das gilt für den Dialog zwischen Sandinisten und Contras in Nicaragua genauso wie für El Salvador, wo es trotz der Bildung einer Versöhnungskommission leider noch keine sichtbaren Fortschritte auf dem Weg zu einem Ende des blutigen Bürgerkriegs gibt. Auch Guatemala tut sich mit dem Versöhnungsdialog schwer, wenngleich jetzt in Costa Ricas Hauptstadt San Jose erste Gespräche zwischen Guerrilla und Versöhnungskommission stattfinden sollen. Ermutigend ist, daß sich die Sandinisten mehr bewegt haben, als dies von vielen noch vor einem halben Jahr erwartet wurde. Die Schwierigkeiten liegen eher bei der Contra, die in sich uneinig über die nächsten Schritte ist. Auch bei der Linken in El Salvador ist die Bereitschaft zu einer Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr gewachsen.

2. Viele Probleme in Guatemala, Honduras und El Salvador liegen in der Unfähigkeit der Regierung und ihrer Ordnungsorgane, die zivile Gewalt gegen militärische oder private Gewalt durchzusetzen. Der Ausspruch eines deutschen Diplomaten, in Guatemala könnten die Großgrundbesitzer innerhalb eines Tages mühelos 5.000 schwer bewaffnete Männer aufstellen, beschreibt die Lage in der Region besser als jeder Kommentar. Menschen verschwinden spurlos, ohne daß der Staat in der Lage ist, die Verbrecher zu verfolgen. Allein in El Salvador sind in den letzten Jahren 7.000 Menschen, oft noch Kinder, spurlos verschwunden. Wie soll in einer derart anarchischen Situation eine rechtsstaatlich garantierte Rückkehr der Guerrilla zur Demokratie der Wahlurnen möglich sein? Wer garantiert dabei für was?

3. Nicaraguas Probleme hingegen liegen in der Vermischung von Partei und Staat. Die Demokratie wird sich dort nur weiter entwickeln, wenn diese Identität wenigstens gelockert wird. Die Sandinisten müssen eine Antwort auf die Frage geben, ob sie sich in die Opposition zurückziehen werden, sollte bei den kommenden Wahlen ihre Partei in der Minderheit bleiben, was angesichts der schlechten Wirtschaftslage nicht ausgeschlossen ist. Allerdings ist wegen der zersplitterten und heillos zerstrittenen Opposition eine Wahlniederlage der Sandinisten aber eher unwahrscheinlich. Doch könnte sich die Opposition auch neu gruppieren, so daß Überraschungen denkbar wären.

4. Ungewiß bleibt die Haltung der USA. Von der amerikanischen Regierung ist bis heute noch keine Stellungnahme zu dem Abkommen von Esquipulas bekannt, aus dem eine klare Unterstützung oder Ablehnung hervorginge. Diese Unklarheit trägt nicht gerade zur Berechenbarkeit der US-Politik in der Region bei. Es wäre für den Friedensprozeß hilfreich, wenn die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu Esquipulas II signalisieren und den Prozeß aktiv fördern würde.

5. Die Unsicherheit der US-Administration ist nicht nur der Reflex auf den Präsidentschaftswahlkampf, dessen Ausgang auch über Amerikas Lateinamerikapolitik entscheidet. In ihr kommt auch zum Ausdruck, daß die Mittelamerikapolitik der USA derzeit einem Fiasko gleichkommt. Esquipulas kam ohne die USA zustande, was die Abhängigkeit der Region von den Vereinigten Staaten verringern hilft. Nicaragua hat sich flexibler - und intelligenter - verhalten, als Washington annahm. Die Rechnung mit der Contra ging nicht auf, sie hat nicht das Prestige einer nationalen Befreiungsbewegung erlangt. Im Gegenteil, Nicaraguas Regierung hat heute mehr Freunde denn je. Und in El Salvador hat Amerikas Freund Duarte einen empfindlichen Dämpfer bei der letzten Wahl erhalten. Von Panamas Noriega nicht zu sprechen, der die Amerikaner in eine peinliche Lage gebracht hat. Aus diesen Schwierigkeiten kann sich Washington nur durch eine Neuorientierung befreien, in der Esquipulas II der Eckpfeiler ist. Solange diese Wende in der amerikanischen Mittelamerikapolitik nicht erfolgt ist, wird sich nicht nur die US-Administration schwertun, auch der Arias-Plan und damit das zentralamerikanische Parlament leiden darunter.

6. Es gibt aber auch hausgemachte Probleme auf dem Weg zum zentralamerikanischen Parlament. So haben Honduras, El Salvador und Costa Rica den Vertrag bislang noch nicht ratifiziert. Honduras scheint allerdings keine prinzipiellen Einwände mehr zu haben. Bei unseren Gesprächen im Nationalkongreß wurde jedenfalls Zustimmung signalisiert. Größere Widerstände sind hingegen in El Salvador zu erwarten. Zum einen befürchtet die christdemokratische Partei Duartes eine weitere Wahlniederlage, womit deren schlechte Ausgangslage für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr nicht gerade verbessert würde. Zum anderen gibt es auch in der derzeit triumphierenden ARENA-Partei Widerstände gegen ein zentralamerikanisches Parlament, die verfassungsrechtlich begründet werden, wohl aber genereller Natur sind. Offenbar haben Teile der salvadorianischen Rechten immer noch Probleme mit dem Arias-Plan. Die größten Bedenkenräger sind aber in Costa Rica zu finden, dessen Präsident für den Friedensplan sogar mit dem Nobelpreis geehrt wurde. Beide großen Parteien sind offenbar nicht begeistert, sich über das zentralamerikanische Parlament institutionell mit dem Rest der Region zu verbinden. Costa Rica wird nachgesagt, die Schweiz Mittelamerikas zu sein. Die Scheu der Parteien vor Verantwortung für die Region bestätigt dieses Urteil. Sie haben offenbar auch eine Schweizer Mentalität.

Ob Costa Ricas Parlament letztlich doch dem Vertrag über das zentralamerikanische Parlament beitreten wird, bleibt offen. Politiker beider Parteien signalisierten bei den Gesprächen mit den Europaabgeordneten verhaltene Zustimmung, ließen aber den Zeitpunkt der Ratifizierung offen. Möglicherweise wird Costa Rica einen langen Ratifizierungsprozeß vor sich haben.

7. Ein Teil der Schwierigkeiten Costa Ricas im Umgang mit dem zentralamerikanischen Parlament hat auch mit der langen parlamentarischen Erfahrung des Landes zu tun. Die Parlamentarier wissen sehr wohl, daß ein Parlament in einer echten Demokratie genau umrissene Kompetenzen und Aufgaben haben muß, wenn es nicht zu einer Farce verkommen soll. Und genau daran fehlt es in der Gebrauchsanweisung für das zentralamerikanische Parlament. Es gibt zum Beispiele keine Exekutive, an die die Beschlüsse gerichtet werden können, da jeder Anschein vermieden wurde, das Parlament sei der Beginn eines mittelamerikanischen Integrationsprozesses. Guatemala will diese Integration, Costa Rica hingegen sieht darin den Versuch, die alte „Capitania General“ unter der Vorherrschaft Guatemalas wiederherzustellen. Bevor es deshalb keine Klarheit über das Integrationsprojekt gibt, wird der Versuch mit dem Parlament kaum gelingen.

8. Integration gelingt nur, wenn sie mit konkreten Projekten verbunden ist. Das galt für die EG, es gilt auch für Zentralamerika. Immerhin haben die fünf Staaten inzwischen einen Sofortplan vorgelegt, in dem von der Nahrungsmittelhilfe bis zur Wissenschaft alles aufgelistet wird, was die Region braucht. Die meisten der Vorhaben sind allerdings recht allgemein beschrieben. Es käme darauf an, sie zu präzisieren. Diese Aufgabe könnte zum Beispiel dem zentralamerikanischen Parlament übertragen werden, dessen noch zu schaffende Exekutive mit der Ausführung bedacht werden könnte. Doch soweit sind wir noch nicht. Keines der Länder möchte Kompetenzen auf eine gemeinsame Institution verlagern.

Man muß deshalb auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Möglicherweise ist der Weg bis zum zentralamerikanischen Parlament länger als ursprünglich gedacht, auch wenn eine italienische Firma schon die Pläne für das Parlamentsgebäude in Esquipulas samt Abgeordnetenbüros vorgelegt hat. Es wäre auch kein Beinbruch, wenn die erste Direktwahl stufenweise im Zusammenhang mit Nationalwahlen stattfände. Dem Demokratisierungsprozeß täte es aber gut, wenn es bei allgemeinen, freien und geheimen Direktwahlen bliebe.

Was kann das Europäische Parlament beitragen?

1. Das EP sollte sich als ständiger Gesprächspartner anbieten. Wir haben schließlich eine Menge Erfahrung mit einem internationalen Parlament.
2. Es sollten genügend Mittel bereitstehen, um Politiker, Journalisten und Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in Zentralamerika oder in Europa zu Begegnungen einzuladen. Das gilt auch für die Parteienfamilien. Denn ohne regional organisierte Parteigruppierungen läßt sich ein zentralamerikanisches Parlament schwerlich organisieren.
3. Das EP sollte zur rechten Zeit eine Informationskampagne finanzieren.

Auf diese Weise könnte das Europäische Parlament einen originären Beitrag zum Friedensprozeß in Zentralamerika leisten.

(-/17.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**Zum Arzt - nur bei „Gefahr für Leib und Leben“**

---

Der Umgang mit Asylbewerbern in Bayern ist menschenverachtend

Von Renate Schmidt MdB  
Stellvertretende Landesvorsitzende der bayerischen SPD

Was geschieht, wenn in Oberbayern ein Asylbewerber krank wird? Er geht zum Arzt. So denkt man zumindest. Aber weit gefehlt! Die Richtlinien zum Vollzug des § 120, Absatz 2 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) des Bezirks Oberbayern sehen vor, daß ein Anspruch auf ärztliche Behandlung nur dann besteht, wenn „Gefahr für Leib und Leben“ des Erkrankten besteht.

Dies ist eine menschenverachtende Vorgehensweise von Seiten der Sozialbehörde und entbehrt jeglicher rechtlicher Grundlage. Demnach darf in Oberbayern nur jemand zum Arzt gehen, wenn aus der Erkältung eine schwere Lungenentzündung geworden ist. Diese Richtlinie grenzt an strafbare unterlassene Hilfeleistung.

Ich habe deshalb in einem Brief an die Kassenärztliche Vereinigung die Frage aufgeworfen, warum die oberbayerischen Ärzte diese Richtlinie hinnehmen. „Sie sind doch dem hippokratischen Eid verpflichtet und müssen den Menschen helfen“, habe ich darin festgestellt.

Ich fordere außerdem die Bayerische Staatsregierung auf, diesem Unrecht ein Ende zu setzen und endlich dafür Sorge zu tragen, daß in dem doch von Herrn Strauß und seiner CSU immer als so fortschrittlich dargestellten Bundesland alle Ausländer wie Menschen behandelt werden.

Auch im Bezirk Mittelfranken beschränken sich die Krankenhilfe-Ansprüche der Asylbewerber auf die Fälle akuter Behandlungsbedürftigkeit, die lediglich die absolut notwendige Behandlung umfassen. Veränderungen sind dringend erforderlich.

(-/17.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*